

Entwurf

Sahra Wagenknecht in Essen

Ein Bericht von Holger Vermeer

Über 100 interessierte Gäste konnte der Kreisverband DIE LINKE. Essen am 09. September 2011 in der Gaststätte „Sternquelle“ begrüßen, als Sahra Wagenknecht zum **Thema Niedriglöhne, Rentenklau, Finanzkrise** und über die **linken Alternativen** referierte, so dass für viele nur noch Stehplätze zur Verfügung standen.

Zunächst machte sie klar, dass in Deutschland die Binnennachfrage dem Export hinter her hinke und dies der Grund für Reallohnverluste und sinkende Kaufkraft sei. Dass seit dem Jahre 2000 die Löhne in Deutschland um fast 5 % sanken, sei nicht nur der Renditegier der Unternehmen, sondern eben auch den politischen Weichenstellungen geschuldet, die genau das herausgefordert hätten: Nämlich Niedriglohn, unsichere Arbeitsplätze und Lohndrückerei. 10 Milliarden Euro fließen an Subventionen an die Unternehmen, Millionen von ArbeitnehmerInnen sind in unserem Land zu sogenannten Aufstockern geworden. Niedriglohn lohne sich also für die Unternehmen, allerdings weder für die betroffenen Dumpinglöhner, noch für Staat und Sozialkassen, da hier zusätzliche Einnahmeverluste zu beklagen seien.

Das von SPD-Steinmeier ständig besungene, angebliche Jobwunder existiere nicht, so Sahra Wagenknecht. Würde man alle realen Arbeitsstunden in Deutschland zusammenzählen (1,8 Milliarden Stunden), sei sogar die Mehrheit an Vollzeitstellen weggefallen.

Tatsächlich hat eine Aufspaltung der Arbeitsverhältnisse stattgefunden

Wagenknecht bestätigte der Bundesregierung eine große Phantasie dabei, Erwerbslose unsichtbar zu machen. Sie würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung bei der tatsächlichen Reduzierung der Erwerbslosigkeit eine solche Kreativität an den Tag legte. So würden z.B. Erwerbslose nicht mehr in der Statistik mitgezählt, die versuchen, sich privat vermitteln zu lassen, obwohl doch klar sei, dass sie einen Arbeitsplatz suchten. Auch die bekannte 58-Regel diene dem Zweck, die tatsächliche Höhe der Erwerbslosen zu verschleiern. Sahra Wagenknecht zitierte aus einer Befragung, nachdem 8 Millionen Teilzeit- bzw. Minijobber ausdrücklich angaben, dass sie länger arbeiten möchten, wenn man ihnen das nur ermöglichte. Das Angebot ist also da.

Die Bundesregierung behauptet, es sei kein Geld mehr für Soziales da, so Wagenknecht weiter, während sie aberwitzigerweise gleichzeitig eine Diskussion über eine Steuersenkung für Spitzenverdiener führe. Obwohl die Kinderregelsätze bei Hartz IV schon vor langem für verfassungswidrig erklärt wurden, sei zäh um 5,- Euro verhandelt worden und herausgekommen wäre nichts als das Bürokratiemonster „Bildungs- und Teilhabepaket“, von dem derzeit nichts mehr zu hören sei.

Das Geld für die Rettungsfonds wurde und wird wieder bereitgestellt

Es fließt wieder in Richtung der Banken, auch in griechische, spanische, irische oder isländische Banken. Alle Fraktionen im Bundestag, mit Ausnahme DIE LINKE., werden der neuen Finanzhilfe zustimmen, auch die SPD. An den tatsächlichen Verhältnissen änderte sich allerdings dadurch nichts, deshalb sei es gut, dass zumindest DIE LINKE. im Bundestag diesem Gesetz die Zustimmung verweigert, so Sahra Wagenknecht. Letztendlich sei dies eine Systemkrise, ja eine Verteilungskrise, aus der es so keinen Ausweg gebe. Jeder Abbau von Arbeitnehmergesetzen habe die Erpressungsmacht gegenüber den Arbeitnehmern erhöht, deren Gewerkschaften geschwächt und die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse gestärkt.

Wagenknecht zog düstere Parallelen aus der Geschichte: Eine Sparpolitik in der Krise treibt das Land in den Wirtschaftscrash

Die europäischen Staatsschulden bewegen sich bemerkenswerter Weise parallel zu den europäischen Vermögen. In der Gesamtsumme sind die europäischen Staaten mit insgesamt 10 Billionen Euro verschuldet, während nur 1 % der Bevölkerung, nämlich Menschen mit einem Vermögen von mehr als einer Million, insgesamt 10 Billionen Dollar (10.000 Mrd.) besitzen. Würde man hier ansetzen und die Steuerpolitik der Bundesregierung rechnen, z.B. anhand der Körperschaftssteuer, Veräußerungssteuer, Vermögenssteuer, Millionärssteuer, so gingen - selbst im Vergleich zu den Helmut-Kohlschen-Zeiten - Deutschland pro Jahr 100 Milliarden Euro verloren!

Banken leihen den Staaten Geld, der Staat gibt den verschuldeten Banken Geld zur Unterstützung und muss sich das wiederum bei anderen Banken zu deren Zinssätzen leihen. Diese Art von Staatsfinanzierung sei ein Skandal. Für die Banken allerdings ein sehr gewinnträchtiger.

Die Bankenrettung 2008 hat Deutschland mit 300 Milliarden Euro zusätzlichen Schulden belastet. Wenn die Vermögenden mehr zur Kasse gebeten würden, könnte ein Schuldenschnitt von 50 % erreicht werden. Das allein würde aber nicht ausreichen, denn solange „das Casino nicht geschlossen wird, das Zocken der Banker nicht verhindert wird, wird das alles nichts nutzen“, so Sahra Wagenknecht. Die Bundesregierung hätte „viel Geld ins schwarze Loch getan, aber nichts getan, um es zu schließen.“ Das genau muss aber getan werden, wenn man aus der Schuldenfalle herauskommen will.

Auch will die Politik für das Unterstützungsgeld keine Mitspracherechte, da dies angeblich das Kapital verunsichern würde. Nach Wagenknecht wird hier deutlich, dass die Demokratie ausgehebelt wird. Sie kritisiert weiter, dass nun auch andere Länder in Europa die Schuldenbremse übernommen hätten. Die beste Schuldenbremse wäre aber eben die Millionärssteuer. Es ginge nicht, dass nur die Schulden nicht steigen dürften, ohne dass gleichzeitig für mehr Einnahmen gesorgt würde.

Es gebe keinen Ausweg aus diesem Dilemma ohne einen Widerstand in Deutschland. Diesen gilt es trotz starker Gegenwehr zu organisieren. Sahra Wagenknecht weist daraufhin, dass DIE LINKE. sich nicht auf deren Nebenschauplätze und auf Schwachsinndebatten einlassen sollte. Vielmehr solle man die linken Themen in den Vordergrund rücken und beharrlich dranbleiben.

In der anschließenden lebhaften Diskussion, wurde über den Mindestlohn, überschuldete Kommunen, die Millionärssteuer, die SPD-Steuererhöhungspläne, die Energiewende und das bedingungslose Grundeinkommen gesprochen.

Zur Anmerkung, dass zur Zeit ein Mindestlohn in Höhe von 12,80 € als Altersarmutsgrenze angesehen wird, sagte Wagenknecht, man solle den Mindestlohn nun erst einmal einführen, außerdem wäre dieser nur als Minimalabsicherung zu verstehen. Wir bräuchten weiter eine gute Tarifpolitik starker Gewerkschaften.

Zu den überschuldeten Kommunen merkte sie kritisch an, dass es nun schon Anzeichen gebe, dass Ratingagenturen auch Kommunen bewerten. Die Gefahr wäre natürlich, dass diese Städte dann wahrscheinlich kein neues Geld mehr erhielten.

Dass die SPD ernsthaft an die Vermögenden will, glaubt Wagenknecht allerdings nicht wirklich. In der Opposition haben sie dies zwar immer behauptet, mit wem aber sollten sie es denn umsetzen? Mit der Partei der Gutverdienenden, den Grünen? Oder mit der CDU? Sehr unwahrscheinlich. Mit den Linken wollen sie ja nicht, also sei die Ernsthaftigkeit der SPD hier deutlich in Frage zu stellen.

Bei der Energiewende nach bzw. vor dem Atomausstieg, also der Förderung erneuerbarer Energien, sieht Sahra Wagenknecht die Gefahr, dass wieder nur die vier großen Energieriesen davon profitieren werden und zum Träger der Energiewende würden.

Eine klare Absage erteilte sie der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Das wäre das falsche Konzept, da hierbei die berechtigte Forderung nach einem Recht auf Arbeit aufgegeben würde. Dies sei aber ein elementares Menschenrecht, das sie so nicht aufgeben würde

Holger Vermeer, Kreissprecher DIE LINKE, KV Essen